

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

7. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. Mai 1954

Nummer 53

Inhalt

(Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht.)

A. Landesregierung.

B. Ministerpräsident — Staatskanzlei —

C. Innenminister.

I. Verfassung und Verwaltung: RdErl. 14. 5. 1954, Landtagswahl 1954; hier: Ausgestaltung der Stimmzettel. S. 843. — Bek. 18. 5. 1954, Landtagswahl 1954, hier: Einrichtung von besonderen Stimmbezirken für Reisende und Binnenschiffer. S. 844. — RdErl. 17. 5. 1954, Öffentliche Sammlung; hier: Hilfskomitee für Griechenland. S. 846. — Mitt. 17. 5. 1954, Auszeichnung für Rettung aus Lebensgefahr. S. 847.

C. Innenminister. F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Gem. RdErl. 13. 5. 1954, Leitung bei Waldbränden. S. 847.

D. Finanzminister.

RdErl. 11. 5. 1954, Änderung der Satzung sowie Ausführungsbestimmungen zur Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder. S. 847.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr.

Bek. 13. 5. 1954, Ungültigkeitserklärung von Sprengstofflaubnscheinen. S. 854.

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

G. Minister für Arbeit, Soziales und Wiederaufbau.

H. Kultusminister.

J. Justizminister.

K. Minister für Angelegenheiten der Landschaftsverbände.

1954 S. 843
aufgeh.
1955 S. 1785 Nr. 199

C. Innenminister

I. Verfassung und Verwaltung

Landtagswahl 1954; hier: Ausgestaltung der Stimmzettel

RdErl. d. Landeswahlleiters v. 14. 5. 1954 —
I — 14.27.10 — 303/54

Die Grundsätze für die Ausgestaltung des Stimmzettels ergeben sich aus § 25 LWG in Verbindung mit § 26 Abs. 1 bis 3 LWO. Danach gilt auch in Zukunft für Landtagswahlen der einheitliche Stimmzettel, so daß die bei den letzten Bundestagswahlen aufgetretenen Zweifelsfragen infolge der doppelten Stimmabgabe und der entsprechenden Aufteilung des Stimmzettels entfallen.

Im Gegensatz zum bisherigen Landeswahlrecht und in Übereinstimmung mit § 33 Abs. 2 des Bundeswahlgesetzes richtet sich die Reihenfolge der Parteien auf dem Stimmzettel nach der Stimmenzahl, die die Parteien bei der letzten Landtagswahl im Land erreicht haben. Hierzu verweise ich auf die amtliche Bekanntmachung des Ergebnisses der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 18. Juni 1950 (GV. NW. S. 104). Danach ergibt sich folgende Reihenfolge:

CDU	2 286 644 Stimmen
SPD	2 005 312 Stimmen
FDP	748 926 Stimmen
Zentrum	466 497 Stimmen
KPD	338 862 Stimmen
RSF	122 878 Stimmen
DRP	107 104 Stimmen
DP	106 351 Stimmen

Bei dieser Reihenfolge sind die Sozialistische Reichspartei (SRP) infolge ihrer Auflösung als verfassungswidrige Partei und die Christlich Soziale Arbeiterbewegung (CSAB) wegen ihres geringfügigen Stimmenanteils (107 Stimmen insgesamt) unberücksichtigt geblieben. Das Muster der Anlage 11 hat demgegenüber nur beispielhafte Bedeutung und berührt die vorstehend erläuterte, für die Landtagswahl 1954 verbindliche Reihenfolge nicht. Im übrigen wird es sich empfehlen, hinsichtlich der Satzgestaltung nach Möglichkeit das Mu-

ster zu übernehmen. Dadurch wird in jedem Falle dem Grundsatz der übersichtlichen Einordnung der Bewerber (§ 26 Abs. 1 Satz 2 LWO) Rechnung getragen.

An die Kreiswahlleiter
nachrichtlich den Regierungspräsidenten.

— MBl. NW. 1954 S. 843.

1954 S. 844
aufgeh.
1955 S. 1785 Nr. 200

Landtagswahl 1954; hier: Einrichtung von besonderen Stimmbezirken für Reisende und Binnenschiffer

Bek. d. Landeswahlleiters v. 18. 5. 1954 —
I — 14.27.10 — 303/54

Personen, die sich am Wahltag außerhalb des Landes befinden, können ihr Wahlrecht in den sieben Tagen vor dem allgemeinen Wahltag vor einem besonderen Wahlvorstand in den dafür bestimmten Gemeinden ausüben, wenn sie einen Wahlschein besitzen (§ 62 Abs. 1 LWO). Entsprechendes gilt gemäß § 66 Abs. 1 LWO für Binnenschiffer (Schiffseigner, Familienangehörige und Bordpersonal), wenn sie einen Wahlschein besitzen.

Die hiernach gebildeten Stimmbezirke sind aus der nachstehenden Liste ersichtlich. Die durch den Vermerk „Binnenschiffer“ bezeichneten Stimmbezirke der Städte Duisburg, Emmerich und Essen sind vor allem für die Stimmabgabe von Binnenschiffern eingerichtet. Die Wahlräume sind im Einvernehmen mit dem zuständigen Gemeindedirektor bestimmt.

In den bezeichneten Stimmbezirken werden die Stimmen in den sieben Tagen vor der Wahl täglich von 8 bis 18 Uhr, bei Bedarf nach Anordnung des Gemeindedirektors auch außerhalb dieser Zeit, entgegengenommen. Der Wähler hat Reisepapiere vorzulegen oder auf andere Weise glaubhaft zu machen, daß er sich am allgemeinen Wahltag außerhalb des Landes aufhält (§ 64 Abs. 1 und 2, § 66 Abs. 1 LWO).

Bezug: Ziff. 33 und 34 des RdErl. d. Innenministers v. 8. 4. 1954 i. d. F. v. 6. 5. 1954 — I — 14.27.10 — 303/54 — (MBl. NW. S. 579, 665).

An die Kreiswahlleiter,
nachrichtlich an die Regierungspräsidenten,
Verwaltungen der Gemeinden, Ämter und Landkreise.

**Aufstellung der besonderen Stimmbezirke
für Reisende und Binnenschiffer**

Gemeinde	Lage des Wahlraums
Regierungsbezirk Aachen:	
Aachen	Hochhaus am Hauptbahnhof,
Elmpt, Krs. Erkelenz	Zimmer 17, Grenzübergangsstelle, Büro der Firma Gerlach & Co.
Regierungsbezirk Arnsberg:	
Arnsberg	Rathaus, Königsstr. 22, Zimmer 25
Bochum	Rathaus, Zimmer 69
Dortmund	Hauptbahnhof, Bahnsteig 3, Dienstgebäude des Bahn- vorstehers im Erdgeschoß links, Zimmer 10
Hagen	Rathaus, Körnerstr. 10, Zimmer 106
Hamm	Stadthof, Zimmer 209, II. Stock des Verwaltungsgebäudes 10
Siegen	Rathaus
Regierungsbezirk Detmold:	
Bielefeld	Wahlamt, Viktoriastr. 3a
Detmold	Hotel Vereinshaus, Wiesenstr.
Paderborn	Rathaus, Rathausplatz 1
Regierungsbezirk Düsseldorf:	
Duisburg	a) Hauptbahnhof Duisburg b) Duisburg-Ruhrort, Rathaus, Dammstr. 3/5 — Binnenschiffer —
Düsseldorf	a) Hauptbahnhof b) Flughafen Düsseldorf- Lohausen, Abfertigungshalle
Emmerich	a) Hotel „Stadt Emmerich“, Bahnhofstr. 11 b) Gastwirtschaft „Zur guten Quelle“ Rheinufer 34 — Binnenschiffer —
Essen	a) Statistisches und Wahlamt, Ruhrallee 57 b) Wasserschutzpolizei-Station Essen-Dellwig, Vondern- str. 52 (an der Schleuse III in Essen-Dellwig) — Bin- nenschiffer —
Kaldenkirchen	Bahnhof
Kleve	Verwaltungsgebäude, Kavarinerstr. 30
M.Gladbach	Verkehrsverein am Hauptbahn- hof unter der Lichtburg (Kino), Goebenstr.
Mülheim (Ruhr)	Statistisches und Wahlamt, Kämpchenstr. 57, Zimmer 6
Wesel	Rathaus, Hohe Str.
Wuppertal-Barmen	Neues Rathaus, Friedrich- Engels-Allee, I. Stock, Zimmer 135
Regierungsbezirk Köln:	
Bonn	Stadthaus, Bottlerplatz 1. Ein- wohnermeldeamt, Eingang Tor- bogen, Windeckstr.
Köln	Johannishaus, Johannis- str. 72/80, I. Stock, Zimmer 103
Wahn-Heide (Stadt Porz), Rhein.-Berg. Kreis	Verwaltungsgebäude des Köln- Bonner Flughafens, Konferenz- zimmer

Gemeinde	Lage des Wahlraums
Regierungsbezirk Münster:	
Bocholt	Stadthaus, Ravardistr. 4, Zimmer 16
Gelsenkirchen	Hauptbahnhof, vor der Süd- sperre, Eingang Bochumer Str.
Gronau i. W.	Rathaus, Zimmer 4
Münster i. W.	Stadtbücherei, Alter Stein- weg Nr. 6
Recklinghausen	Rathaus, Zimmer 44a
Rheine	Bahnhof

1954 S. 846
erg. d.
1954 S. 1109

— MBl. NW. 1954 S. 844.

**Öffentliche Sammlung;
hier: Hilfskomitee für Griechenland**

RdErl. d. Innenministers v. 17. 5. 1954
— I 18—51—10 Nr. 1439/53 —
72117

Dem Hilfskomitee für Griechenland, Düsseldorf, Graf-Adolf-Straße 47, wird auf Grund des Gesetzes zur Regelung der öffentlichen Sammlungen und sammlungsähnlichen Veranstaltungen (Sammlungsgesetz) vom 5. November 1934 (RGBl. I S. 1086) und der Verordnung zur Durchführung des Sammlungsgesetzes vom 14. Dezember 1934 (RGBl. I S. 1250) die widerrufliche Genehmigung erteilt,

in der Zeit vom 19. Mai 1954 bis 30. Juni 1954

eine öffentliche Sammlung durchzuführen.

Die Sammlung unterliegt den nachfolgenden Bedingungen und Auflagen:

1. **Sammlungsgegenstand:**
Es ist die Sammlung von Geldspenden zugelassen.
2. **Als Sammlungsmaßnahmen sind zulässig:**
 - a) die Veröffentlichung eines einmaligen Aufrufs in den Tageszeitungen,
 - b) die Versendung von Rundschreiben.

Die Einzahlungen erfolgen auf das Konto: „Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf: Sonderkonto: Hilfskomitee für Griechenland“, Nr. 50056 bei der Rheinisch-Westfälischen Bank, Filiale Düsseldorf.
3. **Sammlungszweck:**
Das gesamte Spendenaufkommen ist restlos für die von der Erdbebenkatastrophe Betroffenen zu verwenden.
4. **Abrechnung:**
Über die Höhe des Sammlungsaukommens bitte ich mir bis zum 1. August 1954 Mitteilung in dreifacher Ausfertigung zu machen und über die Verwendung des Sammlungsertrages bitte ich mir bis zum 1. Oktober 1954 einen ausführlichen Bericht in dreifacher Ausfertigung vorzulegen.
Mit der Überprüfung der Sammlung wird der Regierungspräsident in Düsseldorf beauftragt.
5. Im übrigen gelten die Richtlinien für das Sammlungswesen des RdErl. vom 15. September 1952 (MBl. NW. 1953 S. 104).
6. Diese Genehmigung gilt für das Land Nordrhein-Westfalen.
Auf die Strafbestimmungen der §§ 13, 14 des Sammlungsgesetzes wird hingewiesen.

An die Regierungspräsidenten, Landkreise und kreisfreien Städte.

— MBl. NW. 1954 S. 846.

Auszeichnung für Rettung aus Lebensgefahr

Mitt. d. Innenministers v. 17. 5. 1954 — I 18—59 P

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat

Frau Gertrud Klenker in Laurensberg, Strüverweg 1,
Fräulein Erika Nagel in Düsseldorf, Deichstr. 21,
Fräulein Martha Nagel in Düsseldorf, Deichstr. 21,
sowie den Herren
Otto Ries in Düsseldorf, Krippstr. 32,
Josef Czaika in Düsseldorf, Bonner Str. 20,
Alfred Kriegel in Gelsenkirchen, Springbachstr. 16,
Eugen Müller in Köln, Wormser Str. 9,
Clemens Locker in Köln-Mülheim, Hacketäuer-Kaserne,
Ernst Damm in Niederkassel (Siegkreis), Rathausstr. 53a,
Wilhelm Breuer in Eschweiler, Kolpingstr. 28,
Joachim Siebel in Schleiden, Reidtmeisterstr.,
in Anerkennung ihrer unter Einsatz des eigenen Lebens
erfolgreich durchgeführten Rettungstaten die Rettungs-
medaille des Landes Nordrhein-Westfalen verliehen.

— MBl. NW. 1954 S. 847.

C. Innenminister

F. Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Leitung bei Waldbränden

Gem. RdErl. d. Innenministers — III A 3/286 — 1260/54 —
u. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten
— IV. B 3. Tgb.Nr. 1179 II — v. 13. 5. 1954

Zur Behebung von Zweifelsfällen in der Auslegung
der Nr. 24 Abs. 2 d) der Allgemeinen Durchführungs-
bestimmungen zum Feuerschutzgesetz v. 15. 3. 1951 (MBl.
NW. S. 401) wird folgendes bestimmt:

Die technische Leitung der Löscharbeiten bei Wald-,
Moor- oder Heidebränden durch den örtlich zuständigen
Forstbeamten umfaßt die Befugnis, den Einsatz der
Löschkräfte sowie der gesamten Hilfskräfte (einschließ-
lich der Bekämpfungsmittel) im Einsatzraum zu regeln,
solche Kräfte bei der zuständigen Verwaltungsbehörde
anzufordern und die etwa ohne Anforderung am Brand-
ort eingetroffenen Kräfte einzusetzen. Soweit es sich um
die Führung von Feuerwehren im Einsatz handelt, steht
dem leitenden Forstbeamten der rangälteste Leiter der
eingesetzten Feuerwehren oder der Feuerwehreinsetz-
stab der Fernhilfe der Feuerwehren zur Verfügung. Die-
ser regelt den taktischen Einsatz der Feuerwehren im
einzelnen.

Innerhalb der Feuerwehreinheit verbleibt die Befehls-
gewalt bei dem jeweiligen Feuerwehrführer. Die Ablö-
sung seiner Kräfte und das Hinzuziehen von Verstär-
kungen regelt er zusammen mit dem für die technische
Leitung zuständigen Forstbeamten.

An die Regierungspräsidenten,
Gemeinde-, Amts- und Kreisverwaltungen
des Landes Nordrhein-Westfalen.

— MBl. NW. 1954 S. 847.

1954 S. 855
erg. d.
1954 S. 1650

D. Finanzminister

1954 S. 847
geänd. d.
1954 S. 1835

Anderung der Satzung sowie Ausführungsbestimmungen zur Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

RdErl. d. Finanzministers v. 11. 5. 1954 —
B 6130 — 5202/IV

Nachstehend gebe ich die vom Bundesminister der
Finanzen im Bundesanzeiger Nr. 70 v. 9. 4 1954 bekannt-
gemachte Änderung der Satzung sowie Ausführungs-
bestimmungen zur Satzung der Versorgungsanstalt des
Bundes und der Länder zur Kenntnis.

Der Verwaltungsrat der Versorgungsanstalt des Bun-
des und der Länder hat diese am 10. 12. 1953 beschlos-
sen. Sie ist vom Bundesminister der Finanzen mit Erl.
v. 10. 3. 1954 — V — Vers. 2701 — 1/54 — genehmigt
worden.

Bezug: RdErl. d. Finanzministers v. 24. 10. 1952
— B 6115 — 12328/IV (MBl. NW. S. 1575).

Anderungen der Satzung sowie Ausführungsbestimmungen zur Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder

Satzungsänderungen:

§ 13 der Satzung erhält folgenden Absatz 2:

„(2) Der Verwaltungsrat kann die Befugnis nach
Absatz 1 Buchstabe d einem Arbeitsausschuß über-
tragen. Das Nähere regeln Ausführungsbestimmun-
gen.“

Der jetzige Absatz 2 wird Absatz 3.

§ 26 erhält durch Anfügung eines zweiten Satzes die
Fassung:

„Personen, die beim erstmaligen Eintritt in ein Be-
schäftigungsverhältnis bei einer an der Anstalt be-
teiligten Verwaltung bereits Invalidentrente oder
Ruhegeld wegen Invalidität oder Berufsunfähigkeit
beziehen oder das fünfundsechzigste Lebensjahr
vollendet haben, können nicht Versicherte der An-
stalt werden. Diese Ausnahme von der Versicherung
entfällt mit Ablauf des Monats, in dem die Invali-
dentrente oder das Ruhegeld wegen Wegfalls der
Invalidität oder Berufsunfähigkeit entzogen wird.“

§ 28 in der bisherigen Fassung wird Absatz 1. Als Ab-
satz 2 ist anzufügen:

„(2) Für die Nachentrichtung von Pflichtbeiträgen
für Zeiträume vor dem 1. Oktober 1952 bleibt es
bei den Vorschriften der früheren Satzung.“

Im § 35 A b s. 2 ist der dritte Satz zu streichen und da-
für zu setzen:

„Tritt der Versicherungsfall während einer gemäß
§ 24 Abs. 3 oder 4 fortgesetzten Versicherung ein
und sind während dieser Versicherung Beiträge auf
Grund des § 27 Abs. 8 Satz 4 in einer niedrigeren
Beitragsklasse für mehr als die Hälfte der gesamten
mit Beiträgen belegten Versicherungszeit entrichtet
worden, so wird der Grundbetrag nach dem durch-
schnittlichen der Beitragsbemessung entsprechenden
Arbeitsentgelt der zwischen dem erstmaligen Eintritt
in die Versicherung und dem Ausscheiden liegenden
Kalenderjahre ermittelt.“

Im § 35 A b s. 4 ist der erste Satz zu streichen.

§ 35 A b s. 5 erhält folgende Fassung:

„(5) Liegt der Beginn der Versicherung nach dem
30. September 1933 und nach Vollendung des fünf-
undvierzigsten Lebensjahres und macht die Anstalt
von ihrer Berechtigung, das Ruhegeld gemäß § 22
Abs. 1 Satz 3 zu kürzen, keinen Gebrauch, so wird
der Grundbetrag für jedes im Zeitpunkt der Auf-
nahme nach der Vollendung des fünfundvierzigsten
Lebensjahres liegende volle oder angefangene Le-
bensjahr um 5 v. H. gekürzt, soweit nicht eine Nach-
versicherung gemäß § 29 stattgefunden hat oder ein
versicherungstechnischer Ausgleichsbetrag gemäß
§ 22 Abs. 1 Satz 5 gezahlt worden ist. Wird die
Versicherung über das fünfundsechzigste Lebensjahr
hinaus fortgesetzt, so mindert sich die Kürzung für
jedes volle Jahresarbeitsentgelt, für das gültige Bei-
träge geleistet worden sind, um 5 v. H.“

Dem § 36 A b s. 4 wird folgender Satz angefügt:

„Sind Pflichtbeiträge für wenigstens 60 Monate oder
260 Wochen entrichtet, so beträgt das Ruhegeld
mindestens 240.— DM jährlich.“

Im § 37 A b s. 1 ist der letzte Satz zu streichen und
dafür zu setzen:

„Ist das Dienstverhältnis noch nicht beendet, so
kann die Anstalt, wenn Bezüge nicht mehr gezahlt
werden, zur Vermeidung von Härten das Ruhegeld
jederzeit widerruflich gewähren.“

§ 40 A b s. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Ein Anspruch auf Witwenrente besteht nicht,
wenn

a) die Ehe nicht länger als 3 Monate bestanden hat,
es sei denn, daß nach den besonderen Umständen
des Falles die Annahme nicht gerechtfertigt ist,
daß es der alleinige oder überwiegende Zweck
der Heirat war, der Witwe den Bezug der Wit-
wenrente zu verschaffen,

- b) die Ehe nach Eintritt der Ruhegeldberechtigung und nach Vollendung des 65. Lebensjahres des Ruhegeldberechtigten geschlossen worden ist,
- c) die Witwe den Tod des Versicherten oder des Ruhegeldberechtigten vorsätzlich herbeigeführt hat."

Dem § 45 Abs. 5 ist folgender Satz anzufügen:

„Sind Pflichtbeiträge für wenigstens 60 Monate oder 260 Wochen entrichtet, so beträgt die Witwenrente mindestens 120.— DM jährlich, die Rente für eine Vollwaise 80.— DM jährlich und für eine Halbwaise 60.— DM jährlich. Hinterbliebenenrenten in Höhe dieser Mindestbeträge dürfen zusammen den Betrag von 240.— DM jährlich nicht übersteigen. Absatz 4 Satz 3 gilt entsprechend.“

§ 48 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„(3) Zum Bezug des Sterbegeldes sind nacheinander berechtigt:

- a) der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, die Geschwister, wenn sie die Bestattung besorgt haben,
- b) sonstige Angehörige, wenn sie mit dem Verstorbenen zur Zeit des Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt und die Bestattung besorgt haben.

Das Sterbegeld wird gegen Vorlage einer amtlichen Bescheinigung des Todesfalles gezahlt.“

§ 49 erhält folgende Fassung:

„Das Sterbegeld beträgt 11 v. H. des für die Beitragsbemessung maßgebenden Arbeitsentgelts des Kalenderjahres, das dem Sterbejahr oder dem Jahr vorausgeht, in dem der Anspruch auf Ruhegeld entstanden ist. Ergibt sich unter Zugrundelegung des durchschnittlichen für die Beitragsbemessung maßgebenden Arbeitsentgelts der letzten fünf Kalenderjahre, die dem Sterbejahr oder dem Jahr vorausgehen, in dem die Ruhegeldberechtigung eingetreten ist, ein höherer Betrag, so wird dieser gewährt. § 35 Abs. 6 findet entsprechend Anwendung. Der errechnete Betrag wird auf volle 10.— DM aufgerundet. Das Sterbegeld beträgt mindestens 120.— DM und höchstens 600.— DM.“

Im § 50 Abs. 3 letzter Satz ist das Wort

„durchschnittlichen“ zu streichen.

§ 69 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) Ist der Versicherungsfall vor dem 1. Oktober 1952 eingetreten, so finden die Vorschriften dieser Satzung für die Berechnung der Renten keine Anwendung, soweit sie nicht zu einer Erhöhung der Bezüge führen.“

Ausführungsbestimmungen:

Zu § 13 Abs. 2

Der Verwaltungsrat bildet einen Arbeitsausschuß, der aus dem Vorsitzenden und zwei weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrats besteht, von denen einer dem Kreise der Versicherten angehört. Für die beiden Mitglieder des Arbeitsausschusses wird je ein Vertreter bestimmt. Den Vorsitz des Arbeitsausschusses führt der Vorsitzende des Verwaltungsrats. Sein Vertreter im Verwaltungsrat hat auch Vertretungsbefugnis im Arbeitsausschuß.

Der Arbeitsausschuß tritt auf Einladung seines Vorsitzenden nach Bedarf zusammen. Den Tagungsort bestimmt der Vorsitzende.

Der Arbeitsausschuß faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Eine Stimmenthaltung ist nicht zulässig. Eine schriftliche Abstimmung ist unter entsprechender Anwendung des § 14 Abs. 6 der Satzung zulässig.

Über die Verhandlungen im Arbeitsausschuß und ihr Ergebnis wird eine Niederschrift gefertigt, die vom Vorsitzenden unterzeichnet und den Verwaltungsratsmitgliedern schriftlich oder in der nächsten Verwaltungsratssitzung mündlich mitgeteilt wird.

Zu § 22

In der am 1. Oktober 1952 in Kraft getretenen Ausführungsbestimmung Nr. 3 ist hinter

„§ 22 Abs. 1 Satz 3“ einzufügen „und Abs. 2 Satz 2“ und am Schluß als neuer Absatz anzufügen:

„Bei Feststellung der Unterbrechungszeit gem. § 22 Abs. 2 Satz 2 ist die Zeit vom 8. Mai 1945 bis zum 31. März 1951 unberücksichtigt zu lassen, wenn das Ausscheiden aus der zusatzversicherungspflichtigen Beschäftigung aus anderen als tarifrechtlichen Gründen erzwungen worden war.“

Zu § 27

Mit Wirkung vom 1. April 1954 gilt für die Berechnung der Beiträge gemäß § 27 Abs. 2 und 4 der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder die nachstehende Tabelle:

Bei einem Arbeitsentgelt bis	Beitrag		
	insgesamt	Arbeitnehmeranteil $\frac{1}{3}$	Arbeitgeberanteil $\frac{2}{3}$
DM	DM	DM	DM
2.—	—	—	—
3.—	0.15	0.05	0.10
5.—	0.30	0.10	0.20
8.—	0.45	0.15	0.30
10.—	0.60	0.20	0.40
12.—	0.75	0.25	0.50
14.—	0.90	0.30	0.60
16.—	1.05	0.35	0.70
18.—	1.20	0.40	0.80
21.—	1.35	0.45	0.90
23.—	1.50	0.50	1.—
25.—	1.65	0.55	1.10
27.—	1.80	0.60	1.20
29.—	1.95	0.65	1.30
32.—	2.10	0.70	1.40
34.—	2.25	0.75	1.50
36.—	2.40	0.80	1.60
38.—	2.55	0.85	1.70
40.—	2.70	0.90	1.80
42.—	2.85	0.95	1.90
45.—	3.—	1.—	2.—
47.—	3.15	1.05	2.10
49.—	3.30	1.10	2.20
51.—	3.45	1.15	2.30
53.—	3.60	1.20	2.40
55.—	3.75	1.25	2.50
58.—	3.90	1.30	2.60
60.—	4.05	1.35	2.70
62.—	4.20	1.40	2.80
64.—	4.35	1.45	2.90
66.—	4.50	1.50	3.—
68.—	4.65	1.55	3.10
71.—	4.80	1.60	3.20
73.—	4.95	1.65	3.30
75.—	5.10	1.70	3.40
77.—	5.25	1.75	3.50
79.—	5.40	1.80	3.60
82.—	5.55	1.85	3.70
84.—	5.70	1.90	3.80
86.—	5.85	1.95	3.90
88.—	6.—	2.—	4.—
90.—	6.15	2.05	4.10
92.—	6.30	2.10	4.20
95.—	6.45	2.15	4.30
97.—	6.60	2.20	4.40
99.—	6.75	2.25	4.50
101.—	6.90	2.30	4.60
106.—	7.20	2.40	4.80
111.—	7.50	2.50	5.—
115.—	7.80	2.60	5.20
120.—	8.10	2.70	5.40
124.—	8.40	2.80	5.60
128.—	8.70	2.90	5.80
133.—	9.—	3.—	6.—
137.—	9.30	3.10	6.20
141.—	9.60	3.20	6.40
146.—	9.90	3.30	6.60

Bei einem Arbeits- entgelt bis	Beitrag		
	insgesamt	Arbeitnehmer- anteil 1/3	Arbeitgeber- anteil 2/3
	DM	DM	DM
150.—	10.20	3.40	6.80
154.—	10.50	3.50	7.—
159.—	10.80	3.60	7.20
163.—	11.10	3.70	7.40
167.—	11.40	3.80	7.60
172.—	11.70	3.90	7.80
176.—	12.—	4.—	8.—
180.—	12.30	4.10	8.20
185.—	12.60	4.20	8.40
189.—	12.90	4.30	8.60
193.—	13.20	4.40	8.80
198.—	13.50	4.50	9.—
202.—	13.80	4.60	9.20
207.—	14.10	4.70	9.40
211.—	14.40	4.80	9.60
215.—	14.70	4.90	9.80
220.—	15.—	5.—	10.—
224.—	15.30	5.10	10.20
228.—	15.60	5.20	10.40
233.—	15.90	5.30	10.60
237.—	16.20	5.40	10.80
241.—	16.50	5.50	11.—
246.—	16.80	5.60	11.20
250.—	17.10	5.70	11.40
254.—	17.40	5.80	11.60
259.—	17.70	5.90	11.80
263.—	18.—	6.—	12.—
267.—	18.30	6.10	12.20
272.—	18.60	6.20	12.40
276.—	18.90	6.30	12.60
280.—	19.20	6.40	12.80
285.—	19.50	6.50	13.—
289.—	19.80	6.60	13.20
293.—	20.10	6.70	13.40
298.—	20.40	6.80	13.60
302.—	20.70	6.90	13.80
307.—	21.—	7.—	14.—
311.—	21.30	7.10	14.20
315.—	21.60	7.20	14.40
320.—	21.90	7.30	14.60
324.—	22.20	7.40	14.80
328.—	22.50	7.50	15.—
333.—	22.80	7.60	15.20
337.—	23.10	7.70	15.40
341.—	23.40	7.80	15.60
346.—	23.70	7.90	15.80
350.—	24.—	8.—	16.—
354.—	24.30	8.10	16.20
359.—	24.60	8.20	16.40
363.—	24.90	8.30	16.60
367.—	25.20	8.40	16.80
372.—	25.50	8.50	17.—
376.—	25.80	8.60	17.20
380.—	26.10	8.70	17.40
385.—	26.40	8.80	17.60
389.—	26.70	8.90	17.80
393.—	27.—	9.—	18.—
398.—	27.30	9.10	18.20
402.—	27.60	9.20	18.40
407.—	27.90	9.30	18.60
411.—	28.20	9.40	18.80
415.—	28.50	9.50	19.—
420.—	28.80	9.60	19.20
424.—	29.10	9.70	19.40
428.—	29.40	9.80	19.60
433.—	29.70	9.90	19.80
437.—	30.—	10.—	20.—
441.—	30.30	10.10	20.20
446.—	30.60	10.20	20.40
450.—	30.90	10.30	20.60
454.—	31.20	10.40	20.80
459.—	31.50	10.50	21.—
463.—	31.80	10.60	21.20
467.—	32.10	10.70	21.40
472.—	32.40	10.80	21.60
476.—	32.70	10.90	21.80

Bei einem Arbeits- entgelt bis	Beitrag		
	insgesamt	Arbeitnehmer- anteil 1/3	Arbeitgeber- anteil 2/3
	DM	DM	DM
480.—	33.—	11.—	22.—
485.—	33.30	11.10	22.20
489.—	33.60	11.20	22.40
493.—	33.90	11.30	22.60
498.—	34.20	11.40	22.80
502.—	34.50	11.50	23.—
507.—	34.80	11.60	23.20
511.—	35.10	11.70	23.40
515.—	35.40	11.80	23.60
520.—	35.70	11.90	23.80
524.—	36.—	12.—	24.—
528.—	36.30	12.10	24.20
533.—	36.60	12.20	24.40
537.—	36.90	12.30	24.60
541.—	37.20	12.40	24.80
546.—	37.50	12.50	25.—
550.—	37.80	12.60	25.20
554.—	38.10	12.70	25.40
559.—	38.40	12.80	25.60
563.—	38.70	12.90	25.80
567.—	39.—	13.—	26.—
572.—	39.30	13.10	26.20
576.—	39.60	13.20	26.40
580.—	39.90	13.30	26.60
585.—	40.20	13.40	26.80
589.—	40.50	13.50	27.—
593.—	40.80	13.60	27.20
598.—	41.10	13.70	27.40
602.—	41.40	13.80	27.60
607.—	41.70	13.90	27.80
611.—	42.—	14.—	28.—
615.—	42.30	14.10	28.20
620.—	42.60	14.20	28.40
624.—	42.90	14.30	28.60
628.—	43.20	14.40	28.80
633.—	43.50	14.50	29.—
637.—	43.80	14.60	29.20
641.—	44.10	14.70	29.40
646.—	44.40	14.80	29.60
650.—	44.70	14.90	29.80
654.—	45.—	15.—	30.—
659.—	45.30	15.10	30.20
663.—	45.60	15.20	30.40
667.—	45.90	15.30	30.60
672.—	46.20	15.40	30.80
676.—	46.50	15.50	31.—
680.—	46.80	15.60	31.20
685.—	47.10	15.70	31.40
689.—	47.40	15.80	31.60
693.—	47.70	15.90	31.80
698.—	48.—	16.—	32.—
702.—	48.30	16.10	32.20
707.—	48.60	16.20	32.40
711.—	48.90	16.30	32.60
715.—	49.20	16.40	32.80
720.—	49.50	16.50	33.—
724.—	49.80	16.60	33.20
728.—	50.10	16.70	33.40
733.—	50.40	16.80	33.60
737.—	50.70	16.90	33.80
741.—	51.—	17.—	34.—
746.—	51.30	17.10	34.20
750.—	51.60	17.20	34.40
754.—	51.90	17.30	34.60
759.—	52.20	17.40	34.80
763.—	52.50	17.50	35.—
767.—	52.80	17.60	35.20
772.—	53.10	17.70	35.40
776.—	53.40	17.80	35.60
780.—	53.70	17.90	35.80
785.—	54.—	18.—	36.—
789.—	54.30	18.10	36.20
793.—	54.60	18.20	36.40
798.—	54.90	18.30	36.60
802.—	55.20	18.40	36.80
807.—	55.50	18.50	37.—

Bei einem Arbeits- entgelt bis	Beitrag		
	insgesamt	Arbeitnehmer- anteil $\frac{1}{3}$	Arbeitgeber- anteil $\frac{2}{3}$
DM	DM	DM	DM
811.—	55.80	18.60	37.20
815.—	56.10	18.70	37.40
820.—	56.40	18.80	37.60
824.—	56.70	18.90	37.80
828.—	57.—	19.—	38.—
833.—	57.30	19.10	38.20
837.—	57.60	19.20	38.40
841.—	57.90	19.30	38.60
846.—	58.20	19.40	38.80
850.—	58.50	19.50	39.—
854.—	58.80	19.60	39.20
859.—	59.10	19.70	39.40
863.—	59.40	19.80	39.60
867.—	59.70	19.90	39.80
872.—	60.—	20.—	40.—
876.—	60.30	20.10	40.20
880.—	60.60	20.20	40.40
885.—	60.90	20.30	40.60
889.—	61.20	20.40	40.80
893.—	61.50	20.50	41.—
898.—	61.80	20.60	41.20
902.—	62.10	20.70	41.40
907.—	62.40	20.80	41.60
911.—	62.70	20.90	41.80
915.—	63.—	21.—	42.—
920.—	63.30	21.10	42.20
924.—	63.60	21.20	42.40
928.—	63.90	21.30	42.60
933.—	64.20	21.40	42.80
937.—	64.50	21.50	43.—
941.—	64.80	21.60	43.20
946.—	65.10	21.70	43.40
950.—	65.40	21.80	43.60
954.—	65.70	21.90	43.80
959.—	66.—	22.—	44.—
963.—	66.30	22.10	44.20
967.—	66.60	22.20	44.40
972.—	66.90	22.30	44.60
976.—	67.20	22.40	44.80
980.—	67.50	22.50	45.—
985.—	67.80	22.60	45.20
989.—	68.10	22.70	45.40
993.—	68.40	22.80	45.60
998.—	68.70	22.90	45.80
1 000.—	69.—	23.—	46.—

Beiträge für Arbeitsentgelte über 1 000 DM sind in der Art zu ermitteln, daß zum Beitrag für ein Arbeitsentgelt von 1 000 DM (Gesamtbeitrag 69.— DM, Arbeitnehmeranteil 23.— DM, Arbeitgeberanteil 46.— DM) der aus der vorstehenden Tabelle abzulesende Beitrag für den 1 000 DM übersteigenden Teil des Arbeitsentgelts hinzugerechnet wird.

Zu § 56

Die Anstalt ist ermächtigt,

- die im Rentenzahlverfahren der Deutschen Bundespost zur Auszahlung kommenden Ruhegelder und Hinterbliebenenrenten am gleichen Tage zahlen zu lassen, an dem die Ruhegelder und Renten aus der gesetzlichen Sozialversicherung an die Leistungsberechtigten gezahlt werden,
- Ruhegelder und Hinterbliebenenrenten, die den Monatsbetrag von 5.— DM nicht erreichen und von der Anstalt im Postscheckwege gezahlt werden, halbjährlich in einem Betrage im voraus zu zahlen.

Diese Beschlüsse treten wie folgt in Kraft:

- Die Änderungen der §§ 26, 28, 35, 36, 37, 40, 45, 48, 49 (ohne den letzten Satz), 50 und 69 sowie die Ausführungsbestimmungen zu den §§ 22 und 56 am 1. Oktober 1952,

- § 49 letzter Satz in der geänderten Fassung am 1. Januar 1954,
- die Änderung des § 13 und die Ausführungsbestimmung dazu am 11. März 1954,
- die Ausführungsbestimmung zu § 27 Abs. 2 und 4 am 1. April 1954.

— MBl. NW. 1954 S. 847.

E. Minister für Wirtschaft und Verkehr

Ungültigkeitserklärung von Sprengstofferaubnisscheinen

Bek. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr
v. 13. 5. 1954 — III/6 — 171 — 34.9 — 6/54

Auf Grund des § 7 der Sprengstofferaubnisscheinverordnung werden nachstehende Sprengstofferaubnisscheine für ungültig erklärt:

Name und Wohn- ort des Inhabers	Muster, Nummer und Datum	Aussteller
Geib, Wilhelm, Bockum-Hövel	A Nr. 1/52 v. 21. 4. 1952	Bergamt Hamm
Wagener, Martin, Krefeld	B Nr. 24 v. 13. 5. 1952	Bergamt Dort- mund 1
Müller, Erich, Dortmund	B Nr. 28 v. 10. 9. 1952	Bergamt Dort- mund 1
Dräger, Friedrich, Dortmund-Berg- hofen	B Nr. 29 v. 29. 11. 1952	Bergamt Dort- mund 1
Stickan, August, Dortmund-Schnee	B Nr. 30 v. 28. 11. 1952	Bergamt Dort- mund 1
Bockau, Wilhelm, Dortmund-Salinger	B Nr. 31 v. 21. 3. 1953	Bergamt Dort- mund 1
Weiss, Heinrich, Wattenscheid- Eppendorf	B Nr. 32 v. 2. 7. 1953	Bergamt Dort- mund 1
Bockau, Wilhelm, Dortmund-Salinger	B Nr. 36 v. 23. 11. 1953	Bergamt Dort- mund 1
Metken, Wilhelm, Unna	C Nr. 1 v. 22. 2. 1952	Bergamt Dort- mund 1
Becker, Heinrich, Bochum-Linden	B Nr. 43/1952 v. 7. 10. 1952	Bergamt Bochum 2
Marquardt, Wil- helm, Wanne-Eickel	B Nr. 6 v. 4. 3. 1952	Bergamt Gelsen- kirchen
Wiemhoff, Wil- helm, Bochum-Langen- dreer	C Nr. 28/1952 v. 6. 10. 1952	Bergamt Witten
Zimmer, Wilhelm, Bochum-Langen- dreer	A Nr. 1/1953 v. 20. 4. 1953	Bergamt Witten
Levringhaus, Otto, Niedersprock- hövel	B Nr. 14/1952 v. 20. 3. 1952	Bergamt Witten
Levringhaus, Otto, Niedersprock- hövel	C Nr. 5/1952 v. 20. 3. 1952	Bergamt Witten
Funke, Eugen, Bad Ems	A Nr. 1/53 v. 28. 3. 1953	Bergamt Werden
Metz, Heinrich, Essen-Heisingen	B Nr. 3/53 v. 2. 7. 1953	Bergamt Werden
Morain, Hans, Dumberg über Hattingen	A Nr. 2/53 v. 17. 4. 1953	Bergamt Werden
Wexel, Hubert, Morenhoven	B Nr. 22/52 v. 1. 4. 1952	Bergamt Köln 2

— MBl. NW. 1954 S. 854.

Einzelpreis dieser Nummer 0,30 DM.

Einzellieferungen nur durch den Verlag gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten (pro Einzelheft 0,10 DM) auf das Postscheckkonto Köln 8516 August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5—11. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag GmbH., Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 4,50 DM, Ausgabe B 5,40 DM.